

## Norman Paech: **Ansprache vor der Botschaft der USA, Berlin 23. Mai 2026**

Wir versammeln uns hier vor der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, um gegen eine Politik zu demonstrieren, die schon lange alle Grenzen der Menschlichkeit und des Völkerrechts überschritten hat. Seit über 60 Jahren versucht die größte Militärmacht der Welt das Leben und die Selbstbestimmung eines Volkes zu zerstören, um es seinen Interessen und Vorstellungen unterzuordnen. Sie kann es offensichtlich nicht ertragen, dass ein kleines Land vor ihren Grenzen seit der Revolution von 1959 eine Gesellschaftsordnung aufgebaut hat, die seinen Menschen ein Leben ermöglicht, wie es die USA seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht bietet.

Das kubanische Gesundheitswesen war vorbildlich in der Welt mit seiner kostenlosen medizinischen Versorgung. Jetzt steht es aufgrund des Mangels an Strom und Treibstoff kurz vor dem Kollaps. Viele Geräte funktionieren nicht mehr, nachdem die Stromversorgung im Land mehrere Male ausgefallen ist und empfindliche elektronische Teile in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Sanktionen und die jüngste Blockade durch die USA, die auch andere Länder in «Geiselhaft» nehmen, machen es unmöglich, Ersatzteile aus dem Ausland zu beziehen.

So müssen Beatmungsgeräte manuell betrieben werden. Brutkästen funktionieren nur, wenn es Strom gibt. Stromaggregate sind inzwischen wegen Treibstoffmangel ebenfalls ausgestiegen. Viele Ärztinnen und Ärzte schaffen es nur mit Mühe oder großer Verspätung ins Krankenhaus, da sie keinen Treibstoff für ihre Fahrzeuge auftreiben können. Die Aufzüge in den Spitälern funktionieren bei Stromausfall nicht mehr.

Aufgrund der drastischen Sanktionen ist die Säuglingssterblichkeit, die bis 2018 zu den tiefsten der Welt zählte, in den letzten Jahren sprunghaft um 148 Prozent angestiegen. 1800 Säuglinge sind wegen der nicht vorhandenen Ersatzteile und Treibstoffe in der Zeit von 2018 bis 2025 gestorben.

Sanktionen sind nicht grundsätzlich völkerrechtswidrig. Aber diese Sanktionen sind wegen ihrer Dauer und ihren tödlichen Auswirkungen für die Bevölkerung eindeutig völkerrechtswidrig. Sie sind ein Zeichen zynischer Menschenverachtung und grausamer Unmenschlichkeit. Die US-Administration weiß von diesen Auswirkungen, sie will sie auch. Das grenzt an Völkermord.

Zusätzlich zum längsten Embargo der Welt haben die USA im Januar dieses Jahres eine Blockade aller Treibstofflieferungen beschlossen, welche die Insel versorgen sollten. In dem Regierungsdekret 14380 vom 29. Januar 2026, «Addressing Threats to the United States by the Government of Cuba», von US-Präsident Donald Trump, wird Kuba als eine «extreme Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA» dargestellt. Staaten, die sich nicht an die Blockade halten, werden von den USA entsprechend bestraft. Da ist ein lächerlicher Vorwurf: nicht die kleine Insel Kuba bedroht die größte Militärmacht der Welt US, sondern umgekehrt die USA Kuba.

Seit der offen völkerrechtswidrigen Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch Spezialeinheiten der US-Armee und der Kontrolle aller

Ölausfuhren kann Kuba keinen Treibstoff mehr aus dem südlichen Land beziehen. Andere Länder werden an der Lieferung von Öl gehindert, woran die gesamte Ölversorgung der Insel hängt. Diese Maßnahmen erwürgen die kubanische Wirtschaft.

Präsident Trump droht Kuba permanent mit der „Übernahme“, der „Befreiung“ der Insel“, er könne „mit Kuba machen, was er will“. Dies ist eine offene Drohung mit Gewalt gegen das kubanische Volk und die Souveränität Kubas. Ob er diese Drohung mit den Mitteln der Erpressung oder des militärischen Eingriffs wie im Falle Venezuelas durchsetzen will, ist gleichgültig. Beide Mittel sind Gewalt und schon jede Drohung damit ist gemäß Art. 2 Ziffer 4 UNO-Charta klar völkerrechtswidrig.

Nun sucht Präsident Trump offensichtlich einen Vorwand, um auch militärisch in Kuba eingreifen zu können. Er klagt den ehemaligen Präsidenten Kubas Raul Castro wegen des Abschusses zweier kleiner Flugzeuge im Jahr 1996 an, mit denen die Exil-Kubaner von Florida aus immer wieder rechtsstaatswidrige Angriffe gegen Kuba gestartet haben.

Die Drohungen werden immer gefährlicher und die Eingriffe in das Leben der Kubaner werden immer unerträglicher. Der US-amerikanische Präsident kennt keine Grenzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit mehr. Deshalb fordern wir von der deutschen Regierung, endlich ihrer alljährlichen Zustimmung zu einer UNO-Resolution, mit der die US-Politik der Sanktionen verurteilt wird, Taten folgen zu lassen und die US-Regierung zum Stopp ihrer völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik zu bewegen. Heute gedenken wir des 80. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesregierung Deutschland. In seinem Art. 25 erklärt es den Vorrang des Völkerrechts vor allen Gesetzen. Dies muss die Richtschnur jeder deutschen Regierung sein – auch das fordern wir von der jetzigen Regierung.

Das kubanische Volk wird nicht untergehen, es verdient unser aller Unterstützung. Es lebe das kubanische Volk, es lebe die kubanische Revolution.

.....